

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 926]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungskarte Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 109.

Dienstag den 10 Mai 1904.

11. Jahrg.

Steuerzahler! Auf zur Demonstration für das freie Bürgerrechtswahlrecht!

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 7. Mai 1904.

Die „Kleine Finanzreform.“

Gott sei Dank! Der Reichsschatzsekretär Freiherr von Stengel kann im Amte bleiben. Er hatte gedroht, seinen Abschied zu nehmen, wenn die „Kleine Finanzreform“, die Sonnabend im Reichstag beraten wurde, nicht die Zustimmung der Mehrheit fände. Es handelt sich bei dieser Finanzreform um folgendes: Nach der Franckensteinschen Klausel fließen Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern nur bis zu der bestimmten Höhe von 130 Millionen in die Reichskasse. Der Rest wird den Einzelstaaten überwiesen. Andererseits tragen die Einzelstaaten durch Matrilinearbeiträge zu den Kosten des Reiches bei. Nach der kleinen Finanzreform, an die der Schatzsekretär Herz und Amt hängt, soll die Summe der Ueberweisungen sowohl wie der Matrilinearbeiträge herabgesetzt, Ueberlässe des Reiches nicht mehr den Einzelstaaten überwiesen, sondern zur Deckung der Reichsschulden verwendet werden. Von unserer Seite übte Genosse Südekum scharfe Kritik sowohl an den Grundzügen wie an Einzelheiten der Vorlage. Wir erkennen die Gefahren nicht, die sich für die Reichskasse daraus ergeben, daß sie auf so schwankende Einnahmen wie die Zölle angewiesen ist; aber wir wollen nur eine wirkliche Finanzreform, deren erste Grundlage die Einführung direkter Reichssteuern ist. Für solche rechnerische Wägen, wie sie diese „Kleine“ Finanzreform bringt, sind wir hingegen nicht zu haben. Denn wie so oft die kleinen Reformen, birgt auch diese eine große Gefahr in sich. Sie schwächt das Verantwortlichkeitsgefühl der Einzelstaaten, die nicht mehr in gleichem Maße von der Erhöhung der Matrilinearbeiträge bedroht sind, wie bisher. Sie schwächt auch das Einnahmewilligkeitsrecht des Reichstages, das um so stärker ist, je höher die Summen sind, die er im Falle eines Konflikts der Regierung verweigern kann. Beide Fragen sind um so bedeutender, als wir in einer Zeit persönlichem Regiments leben, das die Stellung des Reichstages aufs schwerste bedroht. Sind doch erst kürzlich in bezug auf die Reichstagsmitglieder von bestimmter Seite wenig schmeichelhafte Ausdrücke gefallen, die Genosse Südekum in seiner Rede wörtlich anführte. Dabei ist die schlechte Finanzlage des Reiches, die zur Bewilligung einer verfassungswidrigen Fiskusdarlehn geführt hat, nur den Folgen dieser persönlichen Politik zuzuschreiben.

Trotzdem die bürgerlichen Parteien diese Argumente auch nicht im mindesten zu erschüttern vermochten, stimmten sie der Vorlage zu. Außer der Freisinnigen Volkspartei, für die der Abg. Richter nach langem Schweigen eine müde Rede hielt, waren nur wir die Verteidiger des verfassungsmäßigen Budgetrechts des Reichstages.

In einer Resolution, die zu diesem Gesetz angenommen wurde, war der zaghafte Wunsch ausgesprochen, die Liebesgaben an die Schnapsjunker zu beseitigen, die für jeden Liter denaturierten Spiritus 3—4 Mk. aus der Staatskasse erhalten. Die Rechte kämpfte verzweifelt für diese Liebesgaben, deren Vorhandensein sie bisher immer bestritten hatte, und Herr v. Kardorff nannte es geradezu eine Anstandsspflicht der Volksvertretung, seinen Standesgenossen die Staatsperson zu erhalten. Genosse Wurm kennzeichnete die Beschaffenheit unserer Edelsten und Besten gebührend. Mit dieser Resolution wurde die Finanzreform angenommen, und Herr von Stengel kann nun beruhigt im Amte bleiben.

Am Montag soll die Vorlage in dritter Lesung unter Dach und Fach gebracht werden, dann beginnt die dritte Lesung des Etats.

86. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Im Bundesratsliche: Frhr. v. Stengel.
Zunächst werden einige Rechnungssachen erledigt. Bei dieser Gelegenheit tadelt

Dr. Sattler (M.) die laze Praxis der Rechnungskommission angesichts etatsrechtlicher Seitenprüfungen der Kolonialverwaltung und spricht den Wunsch nach einem Reichsfinanzminister aus.

Groeber (S.) protestiert gegen diesen Vorschlag, der mit dem föderalistischen Charakter der Reichsverfassung unvereinbar sei.

Dr. Sattler (M.) erklärt, er habe nur den allgemeinen Wunsch nach einer Stärkung der Stellung des Schatzsekretärs ausdrücken wollen.

Singer (S.): Zu entschuldigen brauchte sich Herr Sattler wirklich nicht. Es wird doch noch erlaubt sein, im Reichstage zentralistische Anschauungen zu vertreten. (Geister!) Es ist die höchste Zeit, daß den eigentümlichen Staatsgewohnheiten der Kolonialverwaltung ein Ende gemacht wird. (Bravo! h. d. Soz.)
Damit schließt die Debatte.

Es folgt die zweite Beratung der Kleinen Finanzreform.

Durch § 1 wird die sogen. Franckensteinsche Klausel (Ueberweisung des den Betrag von 130 000 000 Mark übersteigenden Ertrags der Zölle, der Tabaksteuer und der Stempelabgaben an die Einzelstaaten) insofern eingeschränkt, als künftig nur die Erträge der Stempelabgaben, der Matchbotiksteuer und der Branntwein-Materialsteuer den Einzelstaaten überwiesen werden sollen.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel: Der § 1 verfolgt das Ziel, durch Einschränkung der Ueberweisungen auf ein vernünftiges Maß die Verworrenheit des Reichsetats zu beseitigen und dem Reiche wiederum die Bewegungsfreiheit über seine wichtigsten Einnahmequellen zu gewähren. Das ist in Hinblick auf die Zölle um so wichtiger, als wir vor der Einführung des neuen Zolltarifs stehen, dessen finanzielle Wirkungen sich nur schätzen lassen. Weiter soll hier die Haushaltung der Einzelstaaten von einem Risiko entlastet werden, das ihnen jetzt eine halbwegs zuverlässige Staatsaufstellung kaum mehr ermöglicht. Schließlich wird eine Verminderung der Reichsschuld erstrebt. Dabei hat der Regierung die Absicht, das Budgetrecht des Reichstages anzutasten, vollkommen fern gelegen. Ich begreife, daß es dem Zentrum nicht leicht gewesen ist, sich für diese Vorlage zu entscheiden. Aus seiner Mitte stammt die Franckensteinsche Klausel, und es mußte Empfindungen überwinden, die ihm selbst nur alle Ehre machen. Ueberraschender war nur die Stellung der freisinnigen Fraktion und der Sozialdemokraten, die seinerzeit Mann für Mann gegen die Franckensteinsche Klausel gestimmt haben, während sie heute für ihre volle Aufrechterhaltung eintreten, ja sie, wie die Löwin ihre Jungen verteidigen. Ich kann mir dies Verhalten nur so erklären, daß die Wirkungen der Franckensteinschen Klausel sich seit ihrer Einführung allmählich in ihr Gegenteil verkehrt haben. Die Kommission hat nun der Vorlage in bezug auf die Zölle ihre Zustimmung erteilt, ist aber in der Einschränkung der Franckensteinschen Klausel nicht so weit gegangen, als wir es planten. Sie hat insbesondere beschlossen, die Stempelabgaben als Ueberweisungssteuer beizubehalten, das ist bedenklich, weil diese Steuer recht erheblichen Schwankungen unterliegt. Doch stellt § 1 auch in der Kommissionsfassung einen recht wesentlichen Fortschritt dar, und ich glaube, daß die verbündeten Regierungen an diesen Änderungen die Vorlage nicht scheitern lassen werden.

Richter (Fp.): Der Herr Schatzsekretär scheint ganz vergessen zu haben, wie die Sache 1879 lag. Die Franckensteinsche Klausel war damals die Brücke, um dem Zolltarif eine Mehrheit zu verschaffen. Als Gegner des schutz-zöllnerischen Zolltarifs durften wir uns selbstverständlich an diesem Brückenbau nicht beteiligen. (Sehr richtig! links.) Deshalb stimmten wir gegen die Klausel. Nun haben wir jetzt durchaus nicht für sie wie die Löwin um ihre Jungen gekämpft. So africanisch ging es in der Kommission nicht zu (Geister!), sondern recht nüchtern. Tragisch war nur der Moment als der Schatzsekretär mit bewegter Stimme erklärte, daß die Frage, ob die Zölle auszuheben sollten oder nicht, über Sein oder Nichtsein seines Ministeriums entscheiden würde. Erst auf Stellung dieser Kabinettsfrage wurde der Antrag mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen; die Zölle aus den Ueberweisungssteuern herauszunehmen. Wir werden gegen den § 1 stimmen, weil er die Kollektive dem Reiche überweist. Das ist jetzt um so weniger angezeigt, als niemand die Wirkungen des neuen Zolltarifs abschätzen kann. Es wäre auch ganz falsch, für Einnahmen zu sorgen zur Deckung unbekannter Mehrausgaben der Zukunft für Militär, Marine und Kolonien. (Bravo! links.)

Frhr. v. Richthofen (R.): Meine Partei ist von jeher für eine klare Trennung der Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten eingetreten. Gegen die jetzige Vorlage wird zunächst eingemendet, daß sie das Einnahmewilligkeitsrecht des Reichstages schmälere. Dieses Recht ist aber in den meisten Bundesstaaten nicht anerkannt und wir sind auch nicht geneigt, es grundsätzlich dort einzuführen. In der Reichsverfassung bewirken die Matrilinearbeiträge im Effekt dasselbe. Da dieses Recht dem Reichstag einmal gegeben ist, wollen wir es ihm auch nicht nehmen. Von seiner Verminderung durch die Vorlage kann nicht die Rede sein. Weiter wird behauptet, durch die Drohung erhöhter Matrilinearbeiträge könnte auch auf die Bundesstaaten ein Druck ausgeübt werden, für Spar-

samkeit im Reiche zu sorgen. Aber diese Matrilinearbeiträge werden auch nach Annahme der Vorlage bestehen bleiben und damit auch das Interesse der Bundesstaaten an Spar-samkeit im Reich. — Redner faßt die Stellung seiner Partei dahin zusammen, daß sie am liebsten weiter gegangen wäre wie die Regierungsvorlage und in erster Linie für diese eintreten würde. Schließlich würde sie aber auch für die Kommissionsfassung zu haben sein. (Bravo! rechts.)

Dr. Südekum (S.): Der Schatzsekretär hat ganz Recht, daß die Franckensteinsche Klausel seit ihrer Einführung sich immer mehr in ihr Gegenteil verkehrt hat. Damals befürchteten wir eine Stärkung des Partikularismus, heute ist diese Gefahr gleich Null. Heute dient uns die Franckensteinsche Klausel als Sicherung gegen die immer weitere Ausdehnung des persönlichen Regiments mit allen seinen Gefahren. Mein Fraktionsführer Bebel hat ja schon früher ausgeführt, daß der Reichstag nur noch einen Schatten seines Einnahmewilligkeitsrechts habe, wenn durch Aufhebung der Beiträge der Einzelstaaten zu den Reichskosten diese Einzelstaaten vom Reiche unabhängig werden. Der Schatzsekretär hat erklärt, er würde sein Amt aufgeben, wenn das die Ansicht der Mehrheit wäre. Das ist immerhin erfreulich unter einem Ministerium Bülow, das die zahllosen Liebe in der Kanalvorlage nur mit der Mühseligkeit pariert und schließlich gar nicht mehr auf dem Schauplatz der Niederlage erscheint. (Geister! und Sehr gut! bei h. Soz.) Wir fordern schon in unserem Programm eine wirkliche Finanzreform, die die Ausgaben durch Einnahmen deckt. Wir wissen ja aber, daß sie nur der Schrittmacher sein soll für die große künftige Finanzvorlage, die eine neue Belastung der Massen in dem Augenblick bringt, wo die Einzelstaaten sich nicht mehr vor höheren Matrilinearbeiträgen fürchten. Die neue Vorlage bringt auch keinerlei größere Klarheit in die Reichsfinanzverwaltung, da noch immer erhebliche Ueberweisungen stattfinden sollen. Uebrigens macht die rein rechnerische Arbeit des Hin- und Herschiebens von 6—700 Millionen auch keinerlei Schwierigkeiten. Man haucht sie nur auf, um die Finanzreform, wie sie hier gemacht wird, zu begründen. Wir sind für eine wirkliche Finanzreform, bei der sollte dem Schatzsekretär unsere Unterstützung nicht fehlen. Ueber die Beschränkung des Einnahmewilligkeitsrechtes des Reichstages sucht man uns damit zu trösten, daß man auf die Einnahmen hinweist, die auch nach Annahme des Gesetzes noch von unserer Bewilligung abhängen werden. Aber je mehr Einnahmen wir bewilligen können, desto stärker ist unsere Macht, namentlich für den Fall von Konflikten, die wir klar für die hoffentlich nahe Zeit voraussehen, wo die Zusammensetzung des Reichstages sich wesentlich ändert. Wir müssen das Recht des Reichstages um so schärfer wahren, als in den letzten Tagen in Beziehung auf die Reichstags-Abgeordneten an gewisser Stelle Ausdrücke wie „Perls“ und „Bande“ gefallen sind. (Hört! hört! bei den Soz.) Wir sind auch in diese Finanzkalamitäten nur durch das persönliche Regiment, durch den Chinagang und die Kolonialabenteuer hineingeraten. Dagegen hilft nur, daß man die Einzelstaaten ihre Verantwortlichkeit an eigenen Körper fühlen läßt. Deshalb lehnen wir den § 1 der Vorlage rundweg ab. (Leb! Leb! bei h. d. Soz.)

Dr. Sattler (M.): Wir hätten am liebsten die Regierungsvorlage angenommen, werden aber auch den Kommissionsbeschlüssen zustimmen.

Dr. Arendt (Fp.) erblickt in der Vorlage nur einen ersten Schritt. Er hofft mit dem Abg. Südekum, daß die Zusammensetzung des Reichstages sich ändern werde, und zwar in der Richtung, die die letzten Nachwahlen gezeigt haben. (Geister! rechts.)

Dr. Pachnicke (Fp.): Durch die Aenderung der Regierungsvorlage ist die Gefahr eines Verlustes parlamentarischer Rechte beseitigt. Wir akzeptieren alles, was zur Beseitigung der Franckensteinschen Klausel führen kann. Freilich, die Matrilinearbeiträge müssen aufrechterhalten werden, da ihre Aufhebung sofort zur Einführung neuer Steuern führen würde. (Sehr richtig! links.)

Nachdem der Abg. Dr. Wolff (Wirtsch. Ber.) seine Zustimmung zu der Vorlage erklärt hat, schließt die Diskussion.

§ 1 wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen Volkspartei angenommen.

Frisen (S.): Wenn wir der Vorlage zustimmen, nehmen wir nicht etwa den Gedanken der Miquelischen Finanzreform an, denn wir beseitigen den Zusammenhang zwischen den Finanzen der Einzelstaaten und des Reiches nicht. Das Interesse der Einzelstaaten an parlamentarischer Reichswirtschaft bleibt ganz gleich groß. Wir schieben nur statt 600 200 Millionen hin und her. Das hat das Zentrum schon immer gefordert. (Bravo! im Zentrum.)

§ 2 gibt in der Kommissionsfassung dem Art. 70 der Reichsverfassung folgende Fassung: Zur Befreiung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen die aus den Zöllen, liegenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Inwieweit die

Ausgaben durch die Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie durch Beiträge der Bundesstaaten nach Maßgabe der Bevölkerung aufzubringen. Inwiefern diese Beiträge in den Ueberweisungen keine Deckung finden, sind sie den Bundesstaaten am Jahresabschluss in dem Maße zu erstatten, als die übrigen ordentlichen Einnahmen des Reiches dessen Bedarf übersteigen. — Ueberschüsse aus den Vorjahren dienen zur Deckung gemeinschaftlicher außerordentlicher Ausgaben.

Reichschatzsekretär v. Stengel empfiehlt trotz einiger von der Kommission vorgenommenen Aenderungen den Paragrafen, der die bisherigen Schwankungen im Ordinarium vermindert.

Richter (S. V.) erkennt an, daß der § 2 gewisse Verbesserungen bringt. Aber diese werden dadurch aufgehoben, daß den Einzelstaaten gewissermaßen die erste Hypothek auf Ueberschüsse im Reich überwiehen wird. Auch falls die Einzelstaaten die Ueberschüsse zur Schuldentilgung verwenden würden, so bleibt doch die Tilgung der Reichsschulden wichtiger als die der Landesschulden. Wenn aber das Reich bemüht ist, keine Ueberschüsse zu machen, so wirkt die Bestimmung der Sparmaßregel entgegen. Wir beantragen gesonderte Abstimmung über den betr. Absatz und machen unsere Zustimmung zu dem ganzen Paragrafen von seiner Ausmerzung abhängig. (Bravo! links.)

Schatzsekretär Frh. v. Stengel: Auf die Einführung direkter Reichsteuern will ich nicht näher eingehen. (Zuruf h. d. S.: Warum nicht?) Ich will nur ausführen, daß die Bedenken des Vorredners auf solchen Voraussetzungen beruhen. Heute sind alle Matrikularbeiträge nur subsidiär zulässig, d. h. wenn die eigenen Einnahmen des Reichs nicht ausreichen. In Zukunft sollen die Matrikularbeiträge, die das Reich den Einzelstaaten überweist, den ordentlichen Reichseinnahmen gleichstehen, und nur die ungedeckten Matrikularbeiträge, die die Einzelstaaten aus ihrem eignen Haushalt aufbringen, als subsidiär angesehen werden. Das ist eine Einschränkung des Rechts der Bundesstaaten, und wenn sie abgelehnt würde, könnte der Bundesrat dem ganzen Geleis nicht mehr zustimmen.

Dr. Sadekum (S. D.): Ueber die Frage nach direkten Reichsteuern hat sich der Schatzsekretär in der Kommission offen ausgesprochen. Warum ergreift er nicht mit Freunden die Gelegenheit, jetzt auch vor dem ganzen Volke zu erklären, daß an die Einführung direkter Reichsteuern nicht zu denken ist. Der Schatzsekretär verspricht immer, daß in der Verfassung direkte Reichsteuern vorgesehen sind. Deshalb sollten auch die Matrikularbeiträge überhaupt nicht erlegt werden, sondern gleichsam als Kontribution gelten. Jetzt will man sie als Vorbehalt ansehen, den das Reich bei den Einzelstaaten nimmt, wie es sich von Bankiers die Logoaufleihe vorziehen läßt. (Geisterzeit.) Wir verlangen eine Reform, die ihrem Urheber Ehre machen würde: die Einführung direkter Reichsteuern. Aber solchen rechnerischen Kunststücken, wie diesem § 2, können wir nicht zustimmen. (Bravo! h. d. S.)

Dr. Sattler (S. D.): Wenn wir jetzt bestimmen, daß die Ueberschüsse aus einem Jahre nicht den Einzelstaaten überwiehen, sondern für das Reich zur Schuldentilgung und Deckung außerordentlicher Bedürfnisse aufgehoben werden, dürfen wir nicht alle ungedeckten Ausgaben den Bundesstaaten zur Last legen — noch dazu in der rohen Steuerreform der Matrikularbeiträge, die pro Kopf verteilt werden — sondern müssen sie wenigstens durch den Satz beruhigen, daß sie nur in Anspruch genommen werden, soweit die eigenen Einnahmen des Reichs nicht genügen.

Gröber (S. D.): Erwidert dem Vorredner, daß zur Deckung außerordentlicher Bedürfnisse nach wie vor Reichsanleihen aufgenommen werden könnten.

Dr. Sadekum (S. D.): Wenn Herr Dr. Sattler sich nur so über die indirekten Steuern enthielt, die die hundertmal ungerichtet sind als die Matrikularbeiträge! (Sehr richtig! h. d. S.) Durch die Einförmigkeit in den Einzelstaaten werden die Reichs wenigstens zu den Kosten des Reichs herangezogen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokr.)

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Schrader (S. D.) wird § 2 gegen die Stimmen der Freimüthigen und Sozialdemokraten in der Kommission angenommen.

§ 3 ist von der Kommission gestrichen worden. Er verlangte, daß die Matrikularbeiträge in der Regel den Betrag der Ueberweisungen nicht übersteigen sollen.

Nachdem der Reichschatzsekretär noch einmal die Regierungsvorlage empfohlen hat, beschließt das Haus einstimmig nach dem Kommissionsantrag.

Ferner hat die Kommission eine Resolution beantragt, die verlangt, die Reichsbotensteuer-Reduktion auf eine der mäßigen Ausbeute entsprechende Höhe herabzusetzen. Holz (S. D.): Die Resolution wird nur Beurlaubung in das Brunnenergebirge bringen; sie kann nie durchgeführt werden. (Oh! links.)

Müller-Gulbe (S. D.): Es wäre unbedenklich der Jahresrenten, nicht mehr zu verlangen, als die wirkliche Ausbeute beträgt. Solcher Ueberschüssepolitik muß man bei der jetzigen Finanzlage ein Ende machen. Bravo! im Centrum.)

Schatzsekretär Frh. v. Stengel verspricht, trotz erheblicher wirtschaftlicher Bedenken die Verlegung des Reichstages einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen.

v. Kardorff (S. D.): Die Jahresrenten wohnen in den ärmsten Gegenden des ärmsten Volks, da widersteht es dem Anstandsgefühl, nicht Unterhaltungen vom Reiche zu nehmen. Ich bin der Meinung, aus Anstandsgefühl die Resolution abzulehnen.

Burm (S. D.): Das, was die Mehrheit jetzt verlangt, haben wir schon vor zehn Jahren gefordert. Es werden 3 bis 4 Mark auf jeden Liter benutzten Spiritus vergütet. Früher betrug die Menge, daß eine Zehnergabe vorliegt, hat Kampf für das. Nur 7 Mark der Anstandsgefühl werden zur Brennerei verwendet; der Landwirth hat also keinen Nutzen von dieser Steuer, die die Steuern der Armen, die Brandweinsteuer, zahlen müssen. (Bravo! bei den Sozial.)

Holz (S. D.) beantragt, daß nur die großen Brennereibetriebe von der Rückvergütung hätten.

Dann wird die Resolution gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. 2. Sitzung der Reichs Finanzkommission und des Comités.

Schluss 7 Uhr.

England und Japan.

Die Einkehr in den Hafen von Port Arthur ist die Absicht des Reichs nach Tokio zu ziehen, um sich vollständig geistert, zu kommen für seine Schiffe. Die Japaner wollen keine Kriegsschiffe, sondern der Krieg soll von ihnen sein. Nach unserer Prämienzahlung soll es den Japanern ein Recht gelingen sein, die japanische Flotte der japanischen Regierung bei den Krieg zu

besetzen, so daß jetzt Port Arthur nebst Dalny vollständig isoliert wäre. Das nächste Ziel der japanischen Operationen ist natürlich die Eroberung von Port Arthur selbst, die aber sicherlich noch zu schweren und verlustreichen Landkämpfen auf der Halbinsel Liautung führen wird. General Stössel, der, nachdem sich Merjew im letzten Augenblick mit der Bahn nach Münden geflüchtet hat, den Oberbefehl in Port Arthur übernommen hat, erließ einen höchst pathetischen Armeebefehl. Er weist darin auf die bevorstehende Belagerung der Festung Port Arthur durch die gelandeten Japaner hin und fordert die Besatzung auf, sich bis zum Eintreffen der Entsatzarmee machsam und umsichtig zu vertheidigen, welche Zwischenfälle auch eintreten würden, und den Kopf nicht zu verlieren, eingedenk, daß im Kriege alles möglich sei und die Besatzung „mit Gottes Hilfe“ ihre schwere Aufgabe werde erfüllen können.

Ueber den weiteren Verlauf der Operationen der ersten japanischen Armee unter General Auroki fehlen noch authentische Berichte. Nach Söul ist, wie das „Reuter'sche Bureau“ meldet, von Anfang die telegraphische Mitteilung gelangt, in Anfang gehe das Gerücht, daß Fonghwangtscheng am 4. Mai nach einem heftigen Kampfe gefallen sei. Beide Parteien hätten schwere Verluste erlitten. Die Nachricht, die ja auch nur in der Gestalt eines unkontrollierbaren Gerüchtes auftritt, dürfte schwerlich den Tatsachen entsprechen; in Tokio weiß man jedenfalls nichts davon, und da seit dem angeblichen Fall von Fonghwangtscheng schon fast fünf Tage verstrichen sind, müßte dort schon eine offizielle Mitteilung eingegangen sein, die man sicher sofort veröffentlicht hätte.

Dem „Daily Chronicle“ wird aus Tokio telegraphiert, die Landung der Japaner östlich von Port Arthur ist so erfolgreich ausgeführt, daß das eskortierende Geschwader sich dem Hauptgeschwader wieder anschließen konnte. Zugleich mit dem letzten Angriff auf Port Arthur legten die Japaner ein Kabel zwischen einer der Elliot-Inseln und dem Festlande, zur Verbindung mit dem Landungsort.

Wie nach einer Drahtung des „Berl. Tagebl.“ in Petersburgs Hofkreise verlautet, ist Nikolaus II. durch die unglücklichen Nachrichten von dem Kriegsschauplatz ganz außerordentlich überrascht worden, da er noch wenige Tage vorher von General Kuropatkin eine Meldung erhalten hatte, die günstig lautete.

Beschiedene russische Offiziere, die bei den Kämpfen am Jalu gefangen genommen wurden, erklärten nach Telegrammen aus Söul, daß niemand auf russischer Seite, auch General Saffulitsch nicht, es für möglich gehalten hätte, daß die Japaner es wagen könnten, die Höhen von Tzulantschä zu stürmen, oder unter dem Kreuzfeuer der auf den steilen Uferhöhen stehenden Russen den Abstieg zu durchwaten. Alle russischen Offiziere hätten ihre Stellungen für ganz unangreifbar, jedenfalls für unannehmbar gehalten. Deshalb seien auch die Russen, noch lange nach Beginn des japanischen Angriffs, nicht näher herangezogen worden. An eine Flankenangabe habe erst recht niemand geglaubt. Die schweren Verluste an Offizieren russischerseits werden auf die Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst zurückgeführt, mit der jene sich dem japanischen Feuer aussetzten, um ihren Soldaten Mut zu machen. Der militärische Spezialkorrespondent des „Standard“ bestätigt all das mit dem Hinzufügen, die Stellung der Russen sei noch härter gewesen als die der Japaner an Tugela, und er selbst habe, wie ein gleichzeitig veröffentlichter, vor der Schlacht von ihm geschriebener Brief beweist, die Positionen für unannehmbar gehalten. „Es ist“, fügt er hinzu, „für uns ein wenig demütigend, daß die Japaner in nicht einer Woche vollzogen, was General Bullers Armee drei Monate kostete.“ In diesem Briefe des „Standard“-Korrespondenten heißt es: „... Falls General Katurai die Flanke der Russen bedrohen kann, werden diese sich genötigt sehen, das Feld zu räumen und ihm wenigstens einen Teil der Reichsrente nach Münden preiszugeben. Daß der Feind den Versuch machen wird, zuerst Jindschu, ist so sicher, wie es nur ein Faktor in der Kriegführung sein kann. Die Stellung ist für Truppen in der Defensive durchaus günstig und ausnehmend für einen Frontangriff ganz unüberwindlich. Wenn es den Japanern gelingt, hier auf dieser großen Höhenlinie sich festzusetzen, werden sie einen Sieg erringen, der sie in die erste Reihe der Heere der Welt stellt. Andererseits mag es in diesem Feldzuge zu mehr dramatischen und entscheidenden Schlachten kommen, aber hier am Jalu werden Soldatenkämpfe geschlagen werden. Keine Anstalt in dieser Richtung wird von den fremden Offizieren, die auf japanischer Seite den Feldzug verfolgen werden, bekräftigt.“

Bei dem Zusammenstoß der beiden russischen Abteilungen wurden nicht 11, sondern, wie bezeichnend gemeldet wird, 110 Mann getödtet und 70 verwundet. Der Kampf muß also ziemlich erheblich gewesen sein.

Wie Bezug auf die Nachricht, daß japanischerseits acht Dampfschiffe vom Norddeutschen Lloyd gekauft worden wären, wird japanischerseits offiziell erklärt, daß ein Ausruf deutscher Schiffe überhaupt nicht statigefunden habe.

Da die Entschloß der japanischen Flotte in Amerika beordert werden, zeigt sich am besten darin, daß allein New Yorker Banken auf die japanische Anleihe 25 Millionen Dollars gezögert haben.

Politische Rundschau.

Verfassungs.

Kommodiantenspiel. Der „Soll-Rend-Altona“ hat Staub erregt. Stössel hat eine überreichen Altona phäre. Der Altonaer nationalliberale Reichstagsmitglied ist inzwischen auf eine jenseitige Jansspahlschiff der nationalliberalen Fraktion in das Lager der Freisinnigen abgewandert. Ziel ist es, daß er dort auf ein mehr lebendiges Verständnis für andere Jenseitige haben die konservativen „Gesinnungen“ die Landestheorien des „gewissen“ Nationalliberalen als eine „männliche“ Tat gefasst. Dann heißt es weiter: „Von keiner Fraktion ist Rend zwar beabsichtigt worden. Das hat es sich nicht auf ein solches, die parlamentarische Partei als solche konnte keine andere. Denn, wie wir eine ihrer neuhäufigsten Reichstagsmitgliedlicher nicht ohne Bedauern barlegte,

auf eine so ernste Frage darf sich eine politische Partei, die ihre Stellung behaupten will, erst dann einlassen, wenn sie daraus ein unmittelbar in Angriff zu nehmendes Ziel zu machen entschlossen ist. So lange das nicht der Fall ist, würde sie den Gegnern, wenigstens der Sozialdemokratie, nur Waffen gegen sie in die Hand geben und sich alle Wahlkämpfe bei Ersatzwahlen usw., von allgemeinen Neuwahlen abgesehen, unnötigerweise machen. — Die politische Grundsicht der Nationalliberalen spottet jeder Kritik. Einer der namhaftesten Führer der „ehelichen“ Nationalliberalen bedauert, aus seinem wahlrechtstheoretischen Herzen eine Grabgrube machen zu müssen, um bei den Wahlen keinen Reifsal zu erleben. Und wer sind die Bestrohenen? Die Wähler, die trotz der jahrzehntelangen politischen Betrug der in Schimpflichkeit verurteilten Kommodiantenpartei immer noch Schuppen auf den Augen haben.

Der Wahlkampf in Frankfurt a. O. Lebus ist jetzt mit aller Schärfe entbrannt. Der Bund der Landwirte hat Freitag in einer Vertrauensmännerversammlung zu Frankfurt mit 43 gegen 14 Stimmen nach einer Mitteilung des Bundesorgans beschlossen, die „Mittelhandskandidatur“ v. Jagwitz zu der letzten zu machen. Die wenigen Konservativen, die für ein Festhalten an der Kandidatur Wasserfallmann eintraten, wurden überstimmt. Wasserfallmann ist also, abgesehen von den Liberalen und Freisinnigen, auf die Unterstützung weniger städtischer Konservativer angewiesen.

Die Kanalvorlage hat endlich am Freitag die erste Lesung im preussischen Abgeordnetenhaus passiert. Mit Hilfe eines Schlußantrages wurde der Rederei ein Ende gemacht und auch dieses meistumstrittene Stück unter den wasserwirtschaftlichen Vorlagen derselben Kommission überwiesen, an welche die anderen Vorlagen gegangen sind. Was noch in den letzten Tagen über die Vorlage geredet wurde, war recht wenig von Belang, abgesehen vielleicht von einer Kapuzinerpredigt, die Pastor von Bobelschwingh, der Inspektor Hohenzollernscher Sozialpolitik, hielt. Herr v. Bobelschwingh ist ein Pastor Stöderscher Konfession, — wohl etwas ehelicher, dafür aber auch weisfremder. Die barocke und groteske Art nun, Parlamentsreden im Pflaundersstil zu halten und dabei die Hausvater-Mitren aus der frommen Fürsorgeanstalt in den politischen Redekampf einzubringen, erregte unbedingte Heiterkeit im Hause. Jedesmal, wenn Pastor von Bobelschwingh das vertrauliche „Du“ auf das Abgeordnetenhaus oder das Ministerium oder gar auf einen Abgeordneten und den Präsidenten persönlich anwendete, einestefekte er wahre Lachstürme, und die Heiterkeit schien dem Redner zu gefallen. Er wiederholte diese Späßchen und Witzchen, bis es den Herren beinahe zu viel wurde. Inhaltlich fogte er den Kanalfeinden und Agrariern manche bittere Wahrheit; denn Herr v. Bobelschwingh ist als wahrer Interpret kaiserlicher Politik natürlich ein begeisterter Kanalfreund. Was er jedoch sonst an sozialen Gedanken aussprach, ist in der heutigen kapitalistischen Weltordnung nicht zu erfüllen. Ueber die Bekämpfung der Alkoholsucht, noch die von ihm befürwortete Anstellung von Millionen von Arbeitern mit eigenem Häuschen und Gärten ist im heutigen Staat durchzuführen. Immerhin brachte die Rede des Pastors in die sonst recht langweiligen Debatten einige Abwechslung. Herr Bobelschwingh ist ja ein Kanu, aber immerhin ein origineller Kanu, und mit Originalen ist das sonst die preussische Dreiklassenparlament wirklich nicht reich besetzt. Wie wenig Aussicht übrigens die Kanalvorlage hat, so bald erledigt zu werden, ergibt sich schon aus den bereits am Freitag von der Kanalkommission getroffenen Dispositionen. Der Beschluß geht dahin, zwei Lesungen zu halten und die wasserwirtschaftlichen Vorlagen in folgender Reihenfolge zu beraten: 1. die Regulierung der unteren Oder, der Havel und der Spree; 2. die Verbesserung der Vorflutverhältnisse in Brandenburg und Sachsen; 3. die Freilegung des Hochwassergebiets der mittleren und oberen Oder; 4. den Gehsehtwurf wegen Freihaltung der Ueberschwemmungsgebiete. Ferner wurde beschlossen, das Generalkonferat über die Wasserstraßenvorlage dem Abgeordneten Dr. am Behnhoff zu übertragen.

Köln in Leipzig! Der Streit zwischen Ortskrankenkasse und Aerzterschaft in Leipzig hat Sonnabend dadurch sein Ende gefunden, daß die Preishauptmannschaft nach Kölner Muster der Krankenkasse einen Vertrag aufgegeben hat. Da die Kasse infolge des Terrorismus des Aerztetages nicht in der Lage war, die von der Aufsichtsbekörde geforderte Zahl von 98 Distriktsärzten aufzubringen und die Kreishauptmannschaft sich weigerte, eine abermalige Verlängerung der bisher gewährten Frist von vier Wochen zuzugestehen, schloß die Kreishauptmannschaft auf Grund von § 56 a Abs. 2 des Krankenversicherungsgesetzes namens der Ortskrankenkasse, unter völliger Beiseitdrückung des Vorstandes, einen Vertrag mit den ärztlichen Vereinen ab. Der neue Arzt-Vertrag bestimmt im wesentlichen: 1. Freie Arztwahl. 2. Zulassung aller Aerzte zur Kasienpraxis bis zur Zahl von 375. 3. Fünf Mark p. a. Honorar für jedes Kasienmitglied und nach Einführung der Familienbehandlung drei Mark für jedes Familienmitglied. Geburtshilfliche Hülfeleistungen werden einzeln honoriert und es werden Kilometergelder bezahlt. Die Kasienärzte übernehmen es, den Distriktsärzten, die zu Kasienärzten gemacht werden, das Gehalt zu zahlen. Distriktsärzte, die Schwierigkeiten machen, sollen gestraft werden. — Unser Leipziger Haderorgan trifft den Nagel auf den Kopf, wenn es Leipzig die Rehrseite von Arimittschau nennt. In Arimittschau um Verbesserung elender Arbeitsverhältnisse kämpfende Weber, die man mit Gendarmen und Polizei zu Paaren treibt, denen man ihr Koalitionsrecht raubt, um sie wieder in die Fabriken zu treiben; in Leipzig freilebende Aerzte, deren Forderungen die Staatsgewalt mit Einschaltung ihrer ganzen staalichen Autorität vollstreckt, nach dem ihr Anstand völlig zusammengebrochen ist. Das ist der Klassenstaat, der Herren- und Sklavenstaat, wie er im sozialdemokratischen Programm steht.

Vom Herero-Aufstand in Südwestafrika. Nach einer Meldung Lantwains steht der Feind bei Onjatu-Rajor u. Epoff bis Diftalofo vorgehen. Die Kopierungen im Distrikt Sobabis werden durch eine fliegende Kolonne unter Oberleutnant Winkler, von der Kolonne Glasenapp, verpakt.

Neine politische Nachrichten. Die Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Straßburg-Land, die durch die Ungültigkeitserklärung des Mandates des demokratischen Rechtsanwalts Blumenthal-Kolmar erforderlich

wurde, ist auf Sonnabend, 21. Mai, anberaumt worden. — Die Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses nahm Sonnabend den Nachtragsetat an, der 3000000 Mark für Wohlfahrtszwecke für Eisenbahnangelegungen fordert. — Wegen Duellvergehen verurteilte die Strafkammer in Straßburg den Regierungsbaumeister De Jonge zu vier Monaten Festung. De Jonge hatte sich mit Regierungsbaumeister Wallot wegen eines Wortwechsels duelliert, der über das Straßburger Goethe-Denkmal entfallen war. Das Duell verlief nach einmaligem Kugelwechsel unblutig. Dr. Wallot, der Dragonerleutnant der Reserve ist, wurde vor kurzem wegen der gleichen Affäre durch das Kriegsgericht zu drei Monaten Festung verurteilt. — Wegen angeblicher Spionage wurde in Cortina, dem Hauptplatze des Unpazzotales, der italienische Professor Mario Fanno von den österreichischen Behörden verhaftet. Seine Familie rief die Vermittlung des italienischen Ministeriums an. — Eine Dynamitbombe explodierte am Freitagabend in Barcelona in einer von Jesuiten geleiteten Schule. Der Vorfall des Gebäudes wurde beschädigt, das Dach stürzte ein; der Börtner der Anstalt wurde leicht verwundet. — Der Mullah suchte bei der italienischen Regierung um Frieden nach und erklärte, sich unterwerfen und die Oberhoheit Italiens anerkennen zu wollen; ferner erbietet die Vermittlung Italiens zwischen sich und England. — Nach einer amtlichen englischen Drahtung griffen 700 Libetaner von Schigathe unter dem Kommando eines Chassagenerals am 5. Mai Ghangtse an. Der Angriff wurde zurückgeschlagen, die Libetaner verloren 250 Tote und Verwundete. Der englische Verlust beträgt angeblich nur zwei Mann. — Der seit längerer Zeit erkrankte Präsident von Peru, Candamo, ist, einer Meldung aus Lima zufolge, gestorben.

Dänemark.

Die Eisenindustrie planen aus wichtigem Anlaß abermals eine große Aussperrung sämtlicher Arbeiter ihrer Betriebe, um den Arbeitern ihre Bedingungen aufzuzwingen.

Rußland.

Ueber die innere Lage Rußlands werden die abenteuerlichsten Gerüchte nach Wien gemeldet. In Rußland soll nach einer Berichtswürdung entdeckt worden sein, deren 18 Häupter bereits verhaftet und erschossen wurden. In Finland sollen blutige Exzesse stattgefunden haben. Im Winterpalais zu Petersburg soll man unter den Zimmern des Zaren eine Höllenmaschine gefunden haben. Eine Verhaftung aller dieser Nachrichten liegt jedoch bisher von keiner anderen Seite vor. Dagegen wird über einen etwas sonderbaren Vorfall, der sich jüngst in Kronstadt zugetragen, aus Petersburg gebracht: Die Besatzung der Festung Kronstadt wurde, wie die „Petersburgerische Wiedemoist“ erfahren, kürzlich alarmiert, um ein Feuer zu löschen, das in Holzabfällen in der Festung ausgebrochen war und ein Depot bedrohte, worin Pyroxilin und Granaten aufgespeichert waren. Dabei wurde entdeckt, daß die Holzabfälle mit Petroleum durchtränkt waren, das Feuer also vorsätzlich angelegt war.

Waffenverhaftungen in Warschau. Der „Dziennik Pognanski“ meldet aus Warschau: Am 3. Mai, dem Jahrestage der polnischen Konstitution, wurden 200 Personen auf offener Straße verhaftet; ein Student wurde von Kosaken getötet.

Frankreich.

Kantenturs. Aus Frankreich wurden zwei bereits aus der Schweiz ausgewiesene russische Revolutionäre ausgewiesen, weil sie angeblich die Anstifter eines Anschlags gegen das Leben des Zaren waren.

Der „Streik“ der Schiffsoffiziere der Handelsmarine greift immer weiter um sich. Sonnabend haben die Kapitäne für lange Fahrt und für Küstenfahrt in Havre zweihundert an der Zahl, beschlossen, sich mit ihren Marineoffizieren solidarisch zu erklären und vom heutigen Montag ab in Ausstand zu treten. Sie wollen den Dienst erst nach voller Befriedigung der gestellten Forderungen wieder aufnehmen.

Portugal.

Ein Soldat erschoss aus Rache für erhaltene Strafe auf offener Straße in Lissabon einen Leutnant und einen Kapitän.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 9. Mai 1904.

Ein Flugblatt, herausgegeben von der hiesigen Parteileitung, in dem die Pläne der Wahlrechtsattemäter einer Betrachtung unterzogen und zum Besuch einer am heutigen Montag Abend stattfindenden Protestversammlung aufgefordert wird, wurde gestern Morgen mit der gewohnten Schnelligkeit in der Stadt und den Vorstädten verbreitet. Gleichzeitig gelangte ein Flugblatt der freikundigen Bäcker zur Verteilung, jedenfalls zum nicht geringen Aerger der Bäckerinnungsmeister und ihres Anwalts.

Folgendes Schreiben ging uns von Herrn Dr. Wittern zu:

Hierdurch ersuche ich Sie, dieses Schreiben gemäß den Vorschriften des § 11 des Preßgesetzes im „Lübecker Volksboten“ zum Abdruck zu bringen. In Nr. 106 des „Lübecker Volksboten“ vom Freitag, den 6. Mai 1904 ist unter der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ in dem Bericht über die Rede von Wilmann mitgeteilt, eine Erklärung von 31 Genossenschaftsbäckern beilage, daß meine in der öffentlichen Versammlung im Reuterkrug vom 3. Mai aufgestellte Behauptung, ein Geselle der Genossenschaftsbäcker habe einem Dritten gegenüber die von mir mitgeteilten Meinungen gemacht, eine bewusste Unwahrheit sei; ich sei feige genug gewesen, den Namen des Gesellen zu nennen; es handele sich nur um ein Streitmärchen; jene Erklärung der 31 Genossenschaftsbäcker werde im „Lübecker Volksboten“ und in anderen bürgerlichen Blättern im Annoncenstil veröffentlicht. In derselben Nummer des „Lübecker Volksboten“ ist dann auch diese Erklärung von 33 Genossenschaftsbäckern veröffentlicht. Zur Berichtigung erkläre ich folgendes: Der Bäckermeister Brüß hat mir am 18. April folgende von ihm unterschriebene Erklärung behändigt mit der Bitte, davon Gebrauch zu machen:

Lübeck, den 18. April 1904.

Vor etwa 3 Wochen, Ende März oder Anfang April

traf ich auf dem Bürgerdamm den mir schon aus meiner Gejellenzeit bekannten Bäckergejellen Schander. Schander ist zur Zeit Bäckergejelle in der Genossenschaftsbäckerei in Lübeck und seit vielen Jahren Verbandsmitglied des Verbandes deutscher Bäcker. Wir kamen in Gespräch. Schander, der vorher in Lübeck gearbeitet hatte, erklärte mir, er würde jetzt jedenfalls in Lübeck bei der Genossenschaftsbäckerei in Arbeit bleiben, denn das würde schon der in Aussicht stehende Streik mit sich bringen. Wir sprachen dann über die Beweggründe zum Streik und ich fragte Schander: was wollen Sie denn eigentlich mit dem Streik erreichen? Darauf erklärte mir Schander: Ich kann's Dir ja gerne sagen: die alte Bäckerei steht noch da, jetzt ist die neue gebaut und großartig eingerichtet, wir können noch viel mehr Leute beschäftigen. Dies ist der beste Trick! Wir müssen sehen, daß wir die Konkurrenz, Junge und Konjorten, unterliegen! Schander fügte dann hinzu, Junge mit seinen Ausnahmestagen habe auch keine schöne Konkurrenz gemacht. Ich bemerkte darauf noch, daß das allerdings nicht schön sei, aber mit dem Boykott, mit dem Schander und Genossen jetzt drohten, war es ja doch viel schlimmer, ich hätte die Genossenschaftsbäcker bisher für einen anständigen Konkurrenten gehalten, das sei aber doch jetzt nicht mehr der Fall. Schander erklärte dann imbezug auf die Forderungen, die sie stellten, noch folgendes: Wenn diese Forderungen der Lohnkommission angenommen würden, dann müßten die kleinen Meister direkt weglaufen, die hätten dann nicht mehr als ein Gefelle im Großbetrieb.

gez. A. Brüß.

Bäckermeister Brüß hat auch der Redaktion des „Volksboten“ bereits am 5. Mai schriftlich mitgeteilt, daß diese Erklärung allen Inhalts wahr sei. Er sei bereit, das jederzeit vor Gericht zu beschwören. Wenn auch der Geselle Franz Schander die Wahrheit dieser Erklärungen bestreitet, so sage er die Unwahrheit.

Ich habe in der Versammlung vom 3. Mai erklärt, daß ich den Namen des Gesellen der Genossenschaftsbäckerei lediglich um deswillen nicht nenne, damit ich die dem an jenem Abend keine Ungelegenheiten verschaffe. Ich habe aber hinzugefügt, daß sein Name in den Gerichtsakten, welche in der Sache gegen die Lohnkommission erwachsen seien und der letzteren zur Einsicht freiständen, mitgeteilt sei.

Der Rechtsanwalt Dr. Wittern.

Trotzdem diese Berichtigung nicht den Anforderungen des § 11 des Preßgesetzes genügt, geben wir derselben dennoch Raum. Dem neugierigen Amtsbote, das gerne Auskunft darüber haben möchte, warum dieselbe nicht schon Sonnabend veröffentlicht worden ist, teilen wir mit, daß vorliegende Berichtigung am Sonnabend erst nach Redaktionsschluss einlief. Dieselbe war auch nicht an die Redaktion, sondern persönlich an den Genossen Stelling gerichtet. Die Aufnahme der Erklärung des Herrn Brüß ist letzterem unsererseits auch nicht verweigert worden, sondern wir haben ihn, wie auch die Genossenschaftsbäcker, auf den Annonzenteil verwiesen.

Was nun die Sache selbst anbetrifft, so wird jetzt von dem freisinnigen und nationalliberalen Organ behauptet, wir seien ob dieses Zwischenfalles „sprachlos“. Herr Heise verweigert sich sogar zu der Bemerkung: „Der sonst so offene Mund des „Volksboten“ bleibt geschlossen.“ Was hat denn nun aber eigentlich unser Blatt mit diesem Zwischenfall zu tun? Absolut garnichts! Herr Dr. Wittern stellt eine Behauptung auf, deren Richtigkeit auf Grund einer Erklärung der Beteiligten bestritten wird. Jetzt erklärt ein Dritter, die Behauptung des Herrn Dr. W. entspräche doch den Tatsachen. Die Beteiligten sind nun nicht etwa der „Volksbote“ oder die Firma Friedr. Meyer u. Co., sondern ein zur Ausschilfe auf der Genossenschaftsbäckerei beschäftigter Arbeiter, ein Bäckermeister und Herr Dr. Wittern. Und bei dieser Sachlage schleudert Herr Heise mit dreifacher Strenge das von ihm „genährte“ „Hamburger Fremdenblatt“, die Behauptung in die Welt hinaus, das sozialdemokratische Blatt verweigere die Aufnahme einer entsprechenden Erklärung! Da versucht man ferner freisinniger und nationalliberalerseits, diese an und für sich vollständig bedeutungslose Sache zu einer sozialdemokratischen Niederlage zu stempeln! Eine solche Handlungsweise richtet sich von selbst!

Dem Bericht der Bauarbeiter-Schutzkommission entnehmen wir folgendes: Am 3. Mai fand seitens der Bauarbeiter-Schutzkommission eine Baukontrolle statt. Es wurden insgesamt 90 Bauten kontrolliert; 42 hiervon wurden von Innungsmeistern und 48 von Richtungsmeistern ausgeführt. Auf diesen Bauten arbeiteten 361 Maurer, 79 Zimmerer, 381 Bauarbeiter, 74 Tischler, 15 Maler, 14 Lötzer, 5 Dachbeder, 8 Stuckateure, 4 Klempner, 3 Schlosser und 3 Terrazzoarbeiter. Unfallverhütungsvorschriften hingen auf 7 Bauten nicht aus. Bezüglich des Gerüstbaus war gegen früher ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen, was wohl der Aufmerksamkeit des Baukontrolleurs zu verdanken ist; dennoch aber fanden sich immer einige Bauten, an denen es noch sehr an gutem Gerüst mangelte. Die Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaft hatte in letzter Zeit ihren Beamten mit der Kontrolle beauftragt. Was die Bekleidung der Treppen und Leitgänge anbelangt, so war auf mehreren Bauten garnichts gemacht. Hier wäre es doch wohl sehr am Platze, wenn der Baukontrolleur sein Augenmerk besonders hierauf richten würde. Bei dieser Gelegenheit sei einmal die Frage aufgestellt, in welchen Zwischenräumen der Baukontrolleur die Kontrolle vornimmt. Wurde der Schutzkommission doch auf vielen Bauten auf eine diesbezügliche Frage geantwortet: Hier ist seit langer Zeit nicht mehr kontrolliert worden. Es wäre wohl sehr am Platze, wenn jede Woche einmal kontrolliert und die Unternehmer auf die Mängel aufmerksam gemacht würden; auch wäre es wohl sehr am Platze, wenn der Kontrollleur auch auf Staatsbauten Zutritt erhalten würde, denn hier hapert es manchmal noch sehr. Baubuden waren auf 7 Bauten nicht zu finden, auch waren in mehreren Baubuden keine Tische und Bänke vorhanden; die Leute werden also in der Frühstücks- und Mittagspause auf dem Fußboden lagern müssen. In sechs Baubuden war ein Fußboden gar nicht zu finden. Ein Verbandsstaten war auf 33 Bauten nicht vorhanden, auch wurde Waichgeschirr, das doch bei Verletzungen sehr notwendig ist, nur auf 26 Bauten gefunden. Eine Anweisung zur ersten Hilfeleistung bei Unfällen, die doch eigentlich auf jedem Bau vorhanden sein müßte, war nirgends zu bemerken. Das ist um so bedauerlicher, als doch nicht immer ein Arzt gleich zur Hand ist. Auch an Reinlichkeit der Baubuden mangelte es noch sehr; in mehreren Fällen lagert sogar noch Material in denselben, wodurch der Aufenthalt sicherlich recht unangenehm wird. Die Abortanlagen lassen noch immer viel zu wünschen übrig; erwähnt sei hier nur der Bau des Unternehmers Schöning in Fünfhausen, wo im dunklen Keller eine einfache Latte als Abortdiente. Dasselbe waren die Balkenlagen im ganzen Bau auch nur teilweise abgedeckt. Ferner war in dem großen

Bau, Ecke König- und Mühlenstraße, welcher vom Unternehmer Heidenreich ausgeführt wird, keine Baubude vorhanden; die Leute hatten ihre Kleider dort zwischen dem Schutt liegen. Zu den Bauten der Unternehmer Bogt und Jue hatte die Kommission überhaupt keinen Zutritt. — Wenn auch in jeder Hinsicht immer mehr Fortschritte gemacht werden, so bleibt dennoch viel zu wünschen übrig. Hoffentlich lautet der nächste Bericht noch etwas günstiger.

Zum Bäckerstreik wird uns seitens der Lohnkommission geschrieben: Die bürgerliche Presse schlägt vor Freude förmliche Purzelbäume darüber, daß es Herrn Dr. Wittern gelungen sein soll, an der Hand eines Zwiesgesprächs den Nachweis zu liefern, daß der Streik nur im Interesse der Genossenschaftsbäckerei eingeleitet worden sei. Dieses Zwiesgespräch ist geführt worden zwischen zwei Personen, von denen die eine direkt an dem Ausgang des Streiks interessiert ist. Der Herr will sich noch genau der Worte erinnern können, die dort gefallen sind, während er nicht einmal das Datum der Unterredung weiß. Jeder einsichtige und vorurteilsfreie Mensch wird sich selbst ein Urteil darüber bilden können, inwieweit das gelegentliche Gespräch eines einzelnen Mannes, der sich, nebenbei gesagt, im Laufe der letzten drei Jahre wenig oder gar nicht um seine Organisation gekümmert hat, von Bedeutung ist. Ob nun die Worte so gefallen sind, wie Herr Brüß es angibt, müssen wir den Beiden selbst überlassen. Wir erklären es aber nach wie vor für nicht den Tatsachen entsprechend, wenn behauptet wird, die Lohnbewegung sei im Interesse der Genossenschaftsbäckerei in Szene gesetzt worden. Was würde Herr Dr. Wittern wohl sagen, wenn auf die leichtfertige Aussage eines seiner Hilfschreiber hin ihm unlautere Geschäftsmethoden vorgeworfen würden? Noch viel unbedeutender ist der Einfluß eines Arbeiters im gewerblichen Betriebe auf die Leitung des Geschäftes; das sollte eigentlich Herrn Dr. Wittern doch auch bekannt sein. — Was noch weiter in der Versammlung am Dienstag alles als Wahrheit aufgetischt wurde, möge folgendes beweisen: Herr Dr. Wittern behauptete, die verheirateten Bäckergejellen verdienten 22-23 Mk. die Woche; er hat aber, vielleicht unabsichtlich, vergessen, die verheirateten Bäckergejellen anzuführen, welche die Woche bei 7 Schichten nur 17 Mk. bekamen. Ferner behauptete Herr Dr. Wittern, in einer hiesigen Bäckerei seien die Gesellen nur deshalb außer Kost und Logis, weil der Meister unverheiratet sei. Feststeht, daß die Gesellen erst außer Kost und Logis kamen, als der betreffende Meister sich verheiratete. In einer Annonce in hiesigen Zeitungen war zu lesen: Unterzeichnete erklären hiermit, daß sie die geforderten Lohnsätze wie auch die Abschaffung von Kost und Logis des Fachvereins der Bäckergejellen Lübecks schon längst in ihren Betrieben eingeführt haben, der Lohnkommission aber durchaus nichts bewilligt haben. C. Evers, Wilh. Stiehl, A. Nolte, Fr. Rauch u. Co. Karl Siemers, Wilh. Göbel, J. Bargholz. Bei den Herren Evers, Stiehl und Nolte trifft es zu, bei den übrigen Herren aber nicht. Bei diesem ist, ausschließlich des Herrn Bargholz, bei dem die Gesellen nach eingezogenen Informationen, als die Annonce erschien, noch in Kost und Logis waren, das Kost- und Logiswesen erst während des Streiks gänzlich beseitigt worden. Außerdem hat Herr Dr. Wittern behauptet, daß in dem Augenblick, als der Boykott eröffnet wurde, die Annonce erschien: „Kauf bei der Genossenschaftsbäckerei.“ In welcher Zeitung hat denn diese Annonce gestanden, Herr Dr. Wittern? U. A. w. g.

Das diesjährige Volksfest findet am 17. und 18. Juli statt.

Achtung, Dachbeder! Ueber die Werkstellen Cavier, Hundestraße, und Greßmann, Gr. Bauhof, ist, wegen Nichtanerkennung des Lohn tariffs, die Sperre verhängt worden.

Urteil in der Privatklagesache des Gutsbesizers W. Weigel in Lauen, vertreten durch Rechtsanwalt Weynowitz in Lübeck, Privatklägers, gegen den Redakteur des „Lübecker Volksboten“, Johannes Stelling in Lübeck, vertreten durch Rechtsanwalt Wienert in Lübeck, Angeklagten, wegen Beleidigung hat das Schöffengericht zu Lübeck am 3. März 1904 für Recht erkannt: Der Angeklagte wird wegen Vergehens strafbar nach §§ 185, 186, 200 Str.-G.-B. und § 20 des Reichsgesetzes vom 7. Mai 1874 über die Presse zu einer Geldstrafe von 300 Mark (dreihundert Mark), an deren Stelle, wenn sie nicht beigetrieben werden kann, für je 10 Mark ein Tag Gefängnis tritt, und in die Kosten des Verfahrens einschließlich der dem Privatkläger erwachsenen notwendigen Auslagen verurteilt. Der Privatkläger ist berechtigt, den verfügenden Teil dieses Urteils binnen einer Frist von zwei Wochen nach eingetretener Rechtskraft im „Lübecker Volksboten“, in den „Lübecker Anzeigen“, im „Lübecker Stadt- und Landboten“ und im „Hamburger Echo“ auf Kosten des Angeklagten öffentlich bekannt zu machen. Die Richtigkeit der Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt. Lübeck, den 5. Mai 1904. (L. S.) gez. Jacobs, Gerichtschreiber des Amtsgerichts.

Von der Einkommensteuer. Die Bewohner der Stadt seien hiermit nochmals darauf verwiesen, daß die Steuern nur noch bis zum morgigen Dienstag entrichtet werden können. — Diejenigen Steuerpflichtigen, welche Steuerzettel von der Steuerbehörde ausgefordert, bis spätestens den 12. Mai d. Js. im Steuerbureau, Königstr. 33, hiervon Anzeige zu machen. In Ertramünde ist diese Anzeige bei der dortigen Hebestelle zu erstatten.

Noch gut abgelassen. Bei der gestrigen Segelregatta auf der Wakenitz kenterte ein Segelboot, wobei die drei Insassen ins Wasser stürzten. Dieselben konnten schwimmend das Land erreichen.

Auf der Koch'schen Schiffswerft in Lübeck sind aus Anlaß des Meierstreiks sämtliche Arbeiter ausgesperrt worden. Zutug von Werstarbeitern ist streng fernzuhalten!

pb. Diebstahl? Ein hiesiger Lötzermeister brachte zur Anzeige, daß ihm aus einem am Weiten Krambuden belegenen Durchbau mehrere Teile eines abgebrochenen Küchenherdes, als eine Platte, ein emaillierter Wasserkeffel, ein Bratofen, eine Bratofenheiztür, ein Strahlrad, ein Kofel und eine Eisenplatte abhanden gekommen und wahrscheinlich gestohlen sei.

Schönberg. Ein Selbstmörder. Der Oftern entlassene Realgullehrer Hartmann, der infolge seines leichtsinnigen Lebenswandels immer weiter heruntergekommen ist, schoß sich auf dem Wege von Sülsdorf nach hier mit einer Pistole in den Leib. Er schleppte sich dann nach Sülsdorf zurück. Sein Zustand soll ein lebensgefährlicher sein.

Keine Chronik der Nachbargebiete. In Hamburg kürzte ein Malerarbeitsmann von einer Gängekellerei in

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Maurer in Finsterwalde, deren Tarif am 5. Mai abließ, legten Donnerstag die Arbeit nieder, da der Tarif von den Arbeitgebern nicht wieder verlängert worden war. — Die organisierten Maurer in Schweinfurt, etwa 400 Mann, sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen einen Einheits-Stundenlohn von 40 Pfg.

Ein Jahr Gefängnis erhielt der Textilarbeiter Penndorf vom Landgericht Bismarck, weil er während der Textilarbeiter-Aussperrung einen Fabrikwächter mit einem Stuhl geschlagen hat. Man vergleicht damit die Urteile, die gegen Unternehmer und Arbeitswillige, die fälschlich gegen Aussperrung geworden sind, gefällt wurden.

Genosse Heinrich Braun hat erklärt, sich dem Spruche des Parteischiedsgerichts fügen zu wollen.

Genosse Guth vom „Sächsischen Volksblatt“ in Bismarck wurde wegen eines Artikels über das Verhalten eines Gendarmen während des Beinhüttenkampfes in Krimmitschau zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Vom Sklavenhandel in Deutschland. Man schreibt dem „Volksblatt für Halle“ aus Zahna: Montag früh legten hier sämtliche Galizier die Arbeit auf der Chamotte-Fabrik nieder; sie kamen mit ihren ganzen Sachen auf den Markt gezogen, wo sie den vollen Tag über blieben. Die Leute verlangten von der Fabrikleitung nur Geld für ihre Arbeit, welches ihnen verweigert wurde, da sie damit nichts zu tun hätten; man sagte ihnen, der Lohn sei an den Agenten zu bezahlen. Der Agent ist aber nicht hier, sondern, wie die Leute sagten, in Galtzien. Recht sonderbar ist es, daß die Leute, welche teilweise vier Wochen, teils erst vierzehn Tage hier arbeiten, gar kein Geld bekommen. Man konnte nur immer von ihnen hören: Kein Geld. Fünfundzwanzig von den armen Leuten sind sogar ohne Geld abgereist, sind aber, wie Mittwoch früh verlautete, bis auf einige wieder zurückgekehrt, da sie hier doch wenigstens etwas zu Essen kriegen. Die hiesige Bürgerschaft, mit wohl wenigen Ausnahmen, wundert sich, daß es überhaupt möglich ist, daß Leute arbeiten, ohne überhaupt zu wissen, ob ihnen dafür etwas bezahlt wird oder nicht. Nach Aussage der Leute sind sie von den Agenten überlistet worden; es sei ihnen in ihrer Heimat gesagt worden, sie kämen in landwirtschaftliche Arbeiten. Nachdem sie über die Grenze waren, wurde ihnen ein Kontrakt vorgelegt, daß sie in eine Fabrik kämen und monatlich 22 Mk. für Männer und 12 Mk. für Frauen von dem Agenten ausgezahlt erhalten würden. Da die Leute kein Geld hatten, um wieder in die Heimat zurückkehren zu können, waren sie gezwungen, den Kontrakt zu unterschreiben. Die Leute meinten herzerbrechend, daß sie so übers Ohr gehauen worden sind. — Wo bleibt hier der Staatsanwalt, der sonst so schnell bei der Hand ist, wenn es gilt, einem sozialdemokratischen Rebellentum, dem ob berechtigter Unterstützung die Feder einmal ausgeglitten ist, den Prozeß zu machen?

Der Verband der Tapezierer und Verwandten Berufsgenossen hatte im Jahre 1903 eine Gesamteinnahme von 104 200 Mk. und eine Gesamtausgabe in gleicher Höhe. An Kassenbestand für 1904 sind 25 281,65 Mk. vorhanden. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 5101 gegen 4721 im Vorjahre. Die Situation hat sich leider nicht verbessert, doch hat sich die Zahl der voll ihre Beiträge entrichtenden Mitglieder bedeutend vermehrt. Im allgemeinen zeigt die Jahresabrechnung eine erfreuliche Vorwärtsentwicklung des Verbandes.

Der Verband der deutschen Tabakarbeiter gehört mit zu den wenigen Gewerkschaften, die im vergangenen Jahre keine Fortschritte machen konnten. Die eingeschriebene Mitgliederzahl fiel seit Ende 1902 bis Ende 1903 von 18 040 auf 17 811. Wenn nun auch Ende 1902 ein paar

Hundert mitgezählt waren, die eigentlich nicht mehr als Mitglieder gerechnet werden konnten und die in gleichartigen Fällen im vergangenen Jahre nicht mehr aufgeführt worden sind, so ist doch mindestens ein Weiterwachsen nicht wahrnehmbar. Bemerkenswert ist dabei noch, daß sich die weiblichen Mitglieder im Berichtsjahre von 5570 auf 6441 vermehrt haben, während die Zahl der männlichen Mitglieder bedeutend gefallen ist. Man kann daraus schließen, daß die Frauarbeit bedeutend zunimmt.

150 Tabakarbeiter brotlos! Ein schwerer Schlag hat die Tabakarbeiter in Wernigerode getroffen. Die Firma Gebrüder Hertog in Bremen hat ihren sämtlichen in dortiger Filiale beschäftigten Arbeitern, zirka 150 an der Zahl, gekündigt. Es herrscht eine richtige Panik unter den Arbeitern; keiner weiß wohin. Es sind fast alles Familienväter, welche den Ort verlassen müssen, da in den andern Fabriken keine Arbeit zu erhalten ist. Vor zirka anderthalb Jahren konnte die Firma nicht Arbeiter genug bekommen. Der Geschäftsinhaber ging deshalb in Begleitung seines Meisters nach Halberstadt und holte sich von dort noch Arbeiter. Mit diesen Arbeitern wurde ein mündlicher Vertrag vereinbart, woran ein jeder Familienvater 30 Mark Umzugsgeld erhielt. Dafür mußte er sich aber verpflichten, drei Jahre bei der Firma zu arbeiten. Nun sitzen diese Leute in Wernigerode und können nicht fort, schon wegen ihrer Wohnung! Sie müssen bis zum 1. Oktober Miete bezahlen und niemand entschädigt sie, niemand nimmt sie in Arbeit. Vor 14 Tagen wurde den Arbeitern bekannt gegeben, daß die Arbeit reduziert werden müßte, da das Lager bis oben hin voll wäre. Das geschah. Acht Tage später wurde ihnen gesagt, daß ein jeder zusehen solle, anderswo Arbeit zu bekommen, da die Firma in Liquidation sei. Dem trauten die Arbeiter aber nicht so recht, zumal der Meister meinte: „Es kann ja noch sein, daß sich gleich wieder ein Kapitalist findet, der mit hineinspringt, dann geht das Geschäft wieder weiter.“ Dieses geschah aber nicht, und so ist allen gekündigt worden. Auch hier wieder wundert sich drastisch der Wert des Versprechens eines Unternehmens: Den von Halberstadt geholten Arbeitern hat man goldne Berge versprochen und aus ihrer Arbeit herausgerissen, und jetzt hält man nicht einmal den Vertrag mit ihnen! Profitarbeiter!

Das Gewerkschaftskartell in Mainz beschloß die Gründung einer Gesellschaft m. b. H. zwecks Errichtung eines Gewerkschaftshauses.

Wenn das ein Streikender gesagt hätte! Auf den Panther-Fahrradwerken in Magdeburg freuten bekanntlich die Metallarbeiter. Am Montagabend meinte nun einer der wenigen Arbeitswilligen zu einem Streikposten: „Der Kerl steht alle Abend hier, den sollte man doch mit dem Messer über den Haufen schlagen.“ Ein Schuhmann stand dabei und hörte den Gemütsmenschen diese Worte aussprechen. Als er aber von dem bedrohlichen Streikenden aufgefordert wurde, den Namen des schlußigen Arbeitswilligen festzustellen, unterließ er das.

Ein Bauarbeiter-Schutzgesetz für Elsaß-Lothringen wurde durch Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiter des Reichslandes in einer Petition an den Landesausschuß zur Verfügung gestellt. Der Sozialdemokrat Emmel beauftragte die Übermittlung der Petition an die Regierung zur wohlwollenden Erwägung, welchem Antrag der Landesausschuß einstimmig sich angeschlossen jedoch nicht, ohne daß zuvor erst einiges über die angebliche „Tyrannei der Sozialdemokratie gegenüber den nichtorganisierten Arbeitern“ geklärt wäre.

Das Tarifamt der Buchbinder Deutschlands hat jetzt eine Geschäftsordnung ausgearbeitet, die für alle in der Tarifgemeinschaft der Buchbinder errichteten und noch entstehenden Schiedsgerichte Geltung hat. Jedes Schiedsgericht muß bestehen aus je drei Vertretern tariffreier Buchbindermeister und von Gehilfen, die in tariffreien Buchbindereien

arbeiten. Jede der beiden Gruppen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wählt sich einen Vorsitzenden, die abwechselnd die Verhandlungen leiten. Das Schiedsgericht ist beschlußfähig bei Anwesenheit von je zwei Mitgliedern; fehlt aus einer Gruppe ein Mitglied, so muß auch aus der anderen Gruppe ein Mitglied ausgelost werden und darf nur noch mit heralender Stimme teilnehmen. Das Gericht tritt zusammen, spätestens 48 Stunden nach Zuweisung der Klage. Bei Einzelklagen muß der Kläger stets persönlich erscheinen; wenn mehr als drei Personen Klage führen, können sie einen Vertreter bestellen. Das Verfahren ist kostenlos. Die Wahlen zu den Schiedsgerichten müssen stets im August vorgenommen werden, die Amtsdauer geht vom 1. September bis 31. August.

Deutsche Binfertons. Beim Streik der Schuhmacher der Fränkischen Schuhfabriken in Nürnberg beruht die Firma Angestellte der Wasch- und Schleifgesellschaft als Privatpolizeibeamte des Unternehmens. Vor der Fabrik gehen ständig mehrere dieser Angestellten auf und ab; sie begleiten Arbeitswillige und suchen sich überhaupt auf dieselbe Weise den Unternehmern nützlich zu erweisen, wie das sonst seitens der Polizeibeamten geschieht. Ihre Verwendung in Nürnberg ist besonders beschwerlich, weil die staatliche Polizei bald einfiel, daß sie bei dem mysteriösen Verhalten der Streikenden nichts zu tun hatte und deshalb ihre Posten zurückzog. Jetzt haben sich die Unternehmer einfach ihre eigene Polizei zugelegt. Es braucht kaum betont zu werden, daß sie von den Streikposten ignoriert wird.

Die Pfastersteinhauer in der Provinz Schweden kündigten am 3. Januar dieses Jahres den bestehenden Tarif und stellten die Forderung um kleine Erhöhung des Tarifs in zwei Positionen, erklärten sich aber bereit, für eine andere Position eine Erniedrigung der Löhne zu erlauben. Als Antwort haben die Arbeitgeber die Arbeiter zwingen wollen, aus der Gewerkschaft auszutreten und eventuelle Streikbrecherdienste zu leisten. Weil diese Forderung nicht anerkannt werden konnte, griffen die Meister zur Aussperrung, und sind bereits 1200 Mann auf die Gasse gewesen worden. Die Arbeitgeber in Schweden beabsichtigen somit nichts anderes, als die Organisation der Steinarbeiter zu vernichten, es ist deshalb dringend nötig, durch rasche finanzielle Hilfestellung die Aussperrten zu unterstützen und ihnen die Möglichkeit zu geben, durch die Solidarität aller Arbeiter, speziell der Steinarbeiter, an ihrer Organisation festzuhalten. Rasche Hilfe ist doppelte Hilfe. Alle Gelder sind an Robert Kolb, Sekretär des Internationalen Steinarbeiter-Verbandes, Zürich, Elsbacherstraße 28, zu richten.

Das australische Arbeiterkabinett. Die „Morning Post“ bringt einen Leitartikel, der sich mit dem australischen Arbeiterkabinett beschäftigt. Der Artikel beruht auf einer längeren Spezialkorrespondenz aus Australien und auf einer Unterredung mit dem in London weilenden Mr. Irvine, früheren Premierminister in Victoria. Das Blatt ist der Ansicht, daß die Ministerkrise eine abgekartete Sache zwischen den beiden bürgerlichen Parteien war, um die Arbeiterführer in die ministerielle Falle zu locken und sie moralisch zu vernichten oder zu schwächen, denn die parlamentarische Lage sei derart, daß das Arbeiterkabinett nichts anderes zustande bringen kann, als die Diskreditierung des Arbeiterprogramms. Der Artikel sagt: „Die Arbeiterführer sind in die Falle gegangen, die ihnen Mr. Deakin, der frühere Premierminister des Bundesparlamentes, gestellt hat. Die Arbeiterregierung hat keine Mehrheit und ist deshalb von den anderen Parteien ganz abhängig. . . . Die einzige Folge wird sein, daß das Publikum sehen wird, wie wenig die Arbeiterführer ihre Versprechungen halten können.“

Genosse Dr. Leo Arons ist an Stelle des wegen Krankheit zurückgetretenen Genossen Dr. Freudenberg zum Stadtverordneten-Kandidaten in Berlin proklamiert worden,

Die Madonna mit dem Rosenbusch.

Eine altägyptische Geschichte von Adolf Paul.

9. Fortsetzung. (Nachdruck verboten).

Wald waren die Seefahrer in jener gehobenen Stimmung, wo man ebenso leicht die Hand in Feindesbusen vergräbt wie das Messer zwischen den Rippen des Nebenbuhlers.

Sie glogten sich grimmig und mißvergnügt an und schielten mißtrauisch nach den Wänden und Pfeilern, wo der gedrehte Kram jenes adligen Tischlers in all seinem Glanz prangte und prahlte. Und warteten ungeduldig auf das erlösende Wort, das ihren verletzten Gefühlen Luft geben sollte.

Das kam auch bald. Hirsch Uptöger war, der den Anfang machte.

Er schüttelte entrüstet das benooste Haupt und zeigte auf den heidnischen Gott Apollon, der hoch auf der Tonne, auf dem geheiligten Platze des Sankt Gambrius, sein dreizackiges Szepter schwang.

„Zum Kuck!“ rief er und hielt dem Papier seinen Humper hin. „Was hat der Wassergott auf der Tonne zu suchen? Wir trinken nicht von dem Sequassell! Es ist mehr als genug, wenn wir darauf segeln. Hier aber wollen wir andere Rasse!“

„Gut recht, Hirsch Uptöger!“ schrie ein anderer zurück. „Der Teufel soll ihn holen, den ganzen Spul, der uns hier auf die Wände geflogen ist! Ja, sind wir denn Landkrabben, denen vor der See bange gemacht werden soll, oder sind wir ehrliebe Schiffer? Was sind denn das für greuliche Vießer? Was will er damit, — und was soll denn das Schiff und der Tang und all das Gemüse?“

„Doch gut sein,“ schwanzelte der alte Peperjack, dem es ihm war seinen lieben Gast, der neben ihm saß und während den verben Ubadant hinaufnahm, — „Doch gut sein,

Wille Warmböte, du brauchst ja das Gemüse nicht zu essen!“

„Ich brauche die Weisbilder auch nicht zu küssen, die er uns da, überall hier aufgespießt hat! Aber ich frage bloß, sind das wohl Weiber? Nicht zum Anspucken sind sie, nicht um all die Schätze Indiens! Da soll einer nun sein Wohlgefallen daran haben? Der Teufel auch! Keine Ahnung hat er von den Weibern, jener Junker, der sie uns gedreht hat, — keine Ahnung, sage ich! Und das will nun ein Mann sein! Da hätte er doch mich erst befragen sollen. Ich hätte ihm ein paar Weisbilder beschrieben, daß ihm der Mund überlaufen wäre, und da wäre was rechtes daraus geworden! Ich kenne sie, die Weiber, jawohl! Wenn ich bloß daran denke, was ich von jener leichtgeschürzten Ware Zeit meines Lebens gefragt habe! Da soll einer nur kommen und mir über die Weiber was vormachen! Ihr hättet nur dabei sein sollen, als ich das letzte Mal in den fränkischen Gewässern Savarie machte mit dem alten „Vullenbeißer“, den ich damals führte. War das ein Schiff! Na, es hatte ja seine Rucken und hatte schon seine beste Zeit gesehen! Und einen Sturm hatten wir, einen Sturm sage ich, daß Masten und Stangen wie Bohnenstöcke abtaachten und über Bord gingen mit Tafel und Tau und dem ganzen Klebsack! Und die Sonne sank rot und blutig, und die See wurde rot wie der rotepe Burgunder und die Wellen türmten sich himmelhoch heran, daß der Schaum wie rotes Feuer leuchtete und uns die Gesichter blutig peitschte und die Haut versengte wie Feuer, meiner Treu! Und besoffen wurden wir, — fernhagelvoll, ich und der Steuermann und die ganze Besatzung, und die Schute auch, ob ihr's glaubt oder nicht! Denn schlingern tat sie, der alte Kasten, hin und her wie'n vollgeöffener Graubrunder, und led wurde sie, und Wasser schluckte sie, und dann schluckte das Wasser sie! Dums auf den Strand, wie'n Stein ging's! Und als ich dann auch daran sollte und meine Seele befaß und

den Mund aufst, um den letzten Schluck meines Lebens zu tun, da schluckte ich Burgunder, — denn Burgunder war's! Nebenast, Kinder, die ganze See — roter, rauschender Nebenast! Und um mich herum ein brodelnder Strudel, der nur so kochte von trunkenen Delfinen, die Birzelbäume schlagen und lachten und johlten, — wer das ein Hallo! Und wer von so'n trunkenen Delfin einen Nasenflügel bekommt, der fliegt, sage ich, — der fliegt, meiner Treu!“

„Aber, wie war's mit den Weibern?“ fragte Peperjack der bis jetzt, wie die ganze Gesellschaft, dagefessen hatte ohne eine Miene zu verziehen oder ob solcher Kleinigkeiten die Manneswürde zu verlieren.

„Doch mich erst an's Barde, Alter, so wirst du sie schon zu sehen kriegen! Denn da standen sie, dicht wie grasene Röhre, der ganze Strand gedrängt voll von schwarzäugigen, fränkischen Weibern! Sm, waren das mollige, stämmige Geschöpfe! Und sie lachten wie toll, als ich hingeflogen kam, und spülten ihre Weintonnen und gossen den gährenden Most in den See, daß es brodelte und kochte und den fahrenden Seelenten zu Kopfe stieg. Da kam er also her, der Burgunder, und das ist nun ihre Art Männer zu fangen!“

„Aber die Weiber?“ fragte Peperjack, „wie waren sie denn?“

„Na solche aufgebähte, gottverlassene Mißgeburten wie die, die du und der Junker uns hier beschert habt, waren sie jedenfalls nicht!“

„Sei still, Wille Warmböte, und laß den Junker zufrieden!“ schnitt ihm Ritter Puckpuck jäh das Wort ab. „Von wegen der Weisbilder brauchst du dich nicht mit ihm zu balgen! Was gehen dich seine Madonnen an? Wenn er ihnen zu dicke Bäuche gemacht hat, so hat er sie eben gemacht, und das ist dann keine Sache und geht uns gar nichts an! Und übrigens sind sie ja aus Holz, und Kinder kriegen sie auch nicht! Von wegen der ungeliebtheit kommt du ihn also ungeschoren.“

Keinen sozialdemokratischen Pressbrecher will die Gefängnisverwaltung in Münster i. W. beherbergen. Sie wies den Genossen Düwiel von der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ ab, als er sich zum Antritt einer dreimonatigen Strafe — inzwischen hat er noch vier Monate erhalten — meldete. Er mußte dann in Herford Quartier nehmen. Die Gefängnisverwaltung von Münster hat schon wiederholt Pressflüster abgewiesen. Wenn das alle deutschen Gefängnisverwaltungen machen wollten, wären wir gar nicht böse.

Gehäusfucht wurde Donnerstag wieder mal auf der Redaktion unseres Parteiorgans in Eberfeld. Die von der Staatsanwaltschaft beauftragten Beamten suchten nach dem Manuskript eines Artikels, der in der Nummer vom 30. Januar d. Js. unter Lütenscheid enthalten war. Mit der Auffindung des Manuskripts glaubte man den Verfasser des betreffenden Artikels ermitteln zu können. Selbstverständlich war der Liebe Nähe umsonst. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft war die Hausfuchung sogar auf die Privatwohnung des verantwortlichen Redakteurs Eberle in Darmen ausgedehnt worden. Doch auch dort wurde, obwohl in Abwesenheit von Eberle die Hausfuchung vorgenommen, nichts gefunden. Wie aus der Verfügung der Staatsanwaltschaft zu ersehen war, haben sich Arbeitswillige durch den Artikel beleidigt gefühlt. Das war Grund genug für die Anklagebehörde, im „öffentlichen Interesse“ das Strafverfahren einzuleiten. Damit ist die Zahl der Prozesse, die gegen unser Eberfelder Parteiorgan zurzeit schweben, glücklich auf fünf hinausgesteuert.

Ein Monat Gefängnis wurde vom Schöffengericht in Breslau dem Beamten des Maurerverbandes, Genossen Erich Wibera zudiktirt. Er hatte von dem Baumunternehmer Kipke im Auftrage des Verbandes die Entlassung des Poliers Haslinger gefordert, der sich wiederholt gegenüber den Maurern parteiisch benommen hatte. Unter anderem hatte er einem organisierten Maurer ungerecht fertiger Weise Feierabend gegeben. Die Aufforderung, den Haslinger zu entlassen, begleitete Wibera mit der Mitteilung, daß sonst wahrscheinlich die Sperre über seine Bauten verhängt würde. Das ist später auch tatsächlich geschehen, bis Haslinger freiwillig ging. Dann wurde die Sperre aufgehoben. In der Androhung der Sperre — die an sich gesetzlich erlaubt ist — erblickte das Schöffengericht ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung und erkannte auf die angegebene Strafe.

36 Flugblattverteiler unserer Partei fanden am Mittwoch vor der dritten Strafkammer des Landgerichts in Breslau. Es handelte sich um folgendes: Alle Angeklagten hatten bei der letzten Reichstagswahl im Wahlkreise Breslau-Land Flugblätter verteilt, und zwar an einem Sonntag vorzeitig. Sie wurden deshalb von Sendarmen angefaßt, da sie dadurch eine „öffentlich bemerkbare Arbeit“ verrichtet haben sollen. Manzehn der Angeklagten waren von den verschiedenen Schöffengerichten freigesprochen, sieben weitere erhielten je 5 Mark Geldstrafe. Gegen diese Urteile war Einspruch erhoben, und zwar hatten die Verurteilten gegen ihre Strafe, der Staatsanwalt gegen den Freispruch Berufung eingelegt. Alle Berufungen wurden zurückgenommen und in einer Verhandlung erledigt. Trotzdem der Staatsanwalt sich die größte Mühe gab, auf Grund eines kürzlich ergangenen Kammergerichtsanteils eine Verurteilung zu erzielen, hatte er damit kein Glück. Das Gericht sprach alle Angeklagten — mit einer Ausnahme — frei. Der eine Verurteilte wurde nicht wegen Verbreitung von Flugblättern, sondern wegen unerlaubten Anklebens von Wahlplakaten mit fünf Mark Geldstrafe belegt. Wesentlich zu dem Freispruch dürfte die Tatsache beigetragen haben, daß die als Belastungszeugen vorgeladenen 10 Sendarmen gar nichts Belastendes beibringen konnten. Der Kandidat des Kreises, Genosse Schüp-Breslau, Verleger der „Volksmacht“, war ebenfalls mit angefaßt und zwar als „Aushilfer“ des ganzen Freiwills.

Totenliste der Partei. In Offenbach (Baden) starb am Donnerstag die kaufmännische Frau J. W. id geb. Hertz im Alter von 52 Jahren an einem Leberleiden. Frau J. W. id war unter den 15 Angeklagten, welche im großen Frankfurter Sozialistenaufstand im November 1889 nach dreitägiger Verhandlung von der Strafkammer zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden wegen Teilnahme an einer verbreiteten Verbindung. Frau J. W. id wurde am 10. September in Offenbach verhaftet, weil von der sozialdemokratischen Partei in Basel an ihre Adresse unzulässigerweise ein Brief geschickt wurde, die für einen im gleichen Sinne wohnenden Parteigenossen bestimmt war und einen Spätschritt enthielt.

Ich sehe Schiffe sehr, wie sie da über die Bänke wie die Fische hin und her hüpfen, so dünkt es mich wie die reine Gottverflüchtung was allen Derselben mit solcher Segeln in die Dore zu kommen! Hat der eine Ahnung vom Segeln! Der Dorsel verhält sie wie ein die Landkrabben, aber von der Schifferhandlung verhalten sie weniger als die Schifferkinder! — Ich habe ja auch mal gegen den Wind gefegelt. Aber das hatte eine ganz natürliche Ursache und anderer Weise richtig: Erklärung auch. Und hätte er mich bloß vorher befragt, so hätte ich ihn auch ganz befragt, den Jaster, wie es eine Segeln zu machen ist.

„Wie denn?“ lautet die Antwort, dann es allmählich zu dem einen anfang, wie die Segelhandlung beschaffen ist. Ja, da hätte er bloß mit sein müssen, denn, als ich in der Korbler, mit holländischer Fahrt, von jenen, allmählich Dore in die Speckseite einer alten, ungeschicklichen Wägenhändler, der da lag und sich den Kopf kratzte. — Wie hätte ich ja, und jetzt möchte ich mit und durch lassen mit mir nicht. Aber der Segelhandlung verhält sich, von der Korbler Fahrt, daß es der Frau W. id die Segelhandlung in Ordnung bringen und den Mann jester, jester als ich nicht. Und das jaste wohl doch das Verh ein Verh. Denn er jage es, ich mit den Segelhandlung der's Hand zu jagen. Und da hat er mit mir, und jester! — Hätte ich mit mir es und jagen durch den Kanal, und hätte's Korbler auch, und dann hätte's Segelhandlung. Es war bloß zu jagen und ich jester, so gut es mir ging. Aber als wir bei Korbler hielten, da jage das Verh: ein eifriges Verh, und hier in Korbler haben sie jester müssen, denn das Verh jage über die Verh! Jaster! — Das wäre mit jester, das hätte er mit jester und jester jester. — Der Korbler jester und die Segelhandlung.

Die Adressatin gab den Brief unerschlossen ab, sie hatte vom Inhalt keine Ahnung. Nach einer grausam schweren Untersuchungshaft in den Gefängnissen zu Offenbach, Emmendingen und Freiburg verbüßte die edle Frau mit heldenhafter Duldsamkeit den Rest der Strafe im Landesgefängnis Bruchsal, wo ihr eine schlechte Behandlung zu teil wurde. Den Anfang ihrer Krankheit führt man auf jene Zeit zurück. Die Arbeiter ihrer Heimat werden dieser Dulderin, die sonst ein stilles Leben führte, ein dankbares Andenken bewahren.

Aus Nah und Fern.

Beschwerderecht und Soldatenschinderei. In Danzig sind in letzter Zeit mehrerer Soldatenschinder mehr oder weniger hart bestraft worden. Am Dienstag kam jedoch ein Fall vor dem Kriegsgericht zur Verhandlung, der bisher einmal so recht deutlich beweist, welsch einen Wert das jähige Beschwerderecht für die Soldaten hat. Wegen groben Soldatenmißhandlungen, Beleidigung und Aumahung einer Amtsgewalt hatte sich der Sergeant Paul Rogliu vom Infanterieregiment Nr. 2 zu verantworten. Der Mann war Kammerunteroffizier und mußte eines Tages einigen aus einer Kompanie in die andre verfertigen Soldaten Dienstsachen geben. Hierbei schlug er die beiden Soldaten Bim und Spielmann mehrmals mit der Faust ins Gesicht, beschimpfte sie, ja, Spielmann, der nach der Ansicht des Schinders nicht stramm genug stand, mußte zur Strafe fünf Minuten lang bis zum Erschlaffen Gewehr strecken. Die beiden Soldaten erstatteten deshalb am andern Tage beim Hauptmann Anzeige. Aber auch der Sergeant, der den Braten witterte, machte schnell beim Hauptmann Anzeige, weil die Mißhandlungen angeblich nicht einem Befehl in Dienstsachen ausgeführt hatten, und der Erfolg davon war, daß die beiden Soldaten vom Hauptmann mit je 3 Tagen Mittelarrest bestraft wurden. Geshah ihnen auch ganz recht, warum mußten sie sich beschweren! Die Schindereien des Rogliu kamen hier trotzdem vor das Kriegsgericht und der gute Mann leugnete, die Soldaten mißhandelt zu haben. Er wurde aber trotzdem durch eine Anzahl von Zeugen überführt. Von dem Vertreter der Anklage wurden 4 Monate Gefängnis beantragt. Das Gericht, das den Fall jedoch als minder schwer ansah, erkannte nur auf sechs Wochen Mittelarrest.

Wie man Arme begräbt. Das Begräbnis eines verdienten China Kriegers hat in Gardelegen (Reg.-Bez. Magdeburg) und Umgegend einen heftigen „Krieg“ entfesselt. Die Art und Weise der Ueberführung und Beerdigung des durch Selbstmord geendeten Militär-Jubaliden Herrn Böllner, der den Chinafeldzug mitgemacht hatte, war eine solche, daß sogar das amtliche Kreisblatt in G. öffentlich dagegen protestieren mußte. Zwar „berichtigte“ später die Postzeit einige Unrichtigkeiten der Kritik, allein das amtliche Blatt hielt auch nachher sämtliche Angaben aufrecht. Als schließend kann sonach das Folgende gelten: Die Leiche B.'s wurde von einem Polizeisergeanten und zwei Polizeibeamten abgeholt. Die Leiche wurde, nachdem ihr eine Art Sack aus großer Sackleinwand über den Kopf und Leib gestülpt war, im Weissein vieler Kinder auf offener Straße in wenig sanfter Art auf einem offenen Handkarren aufgeladen. Da die Füße über den kurzen Wagen hinausragten, wurden sie einfach gebogen und festgeklemmt. Der übrige Teil des Körpers, nur notdürftig „befeuchtet“, war dem Publikum sichtbar! Dann wurde die Leiche in einen alten Schuppen gelegt, und nicht ein Mensch nahm sich die Mühe, die Leiche vom Blute zu reinigen. So lag sie volle vier Tage, bis sie in eben demselben Zustande eingefahrt und verscharrt wurde. Ganz besonders unanständig und pietätslos wirkte die Art, wie man der Leiche die Kleider auszog. Ein Schneider Rümchen hatte noch einen „Anspruch“ an die Kleidungsstücke des Verstorbenen, und er ließ sich deshalb durch einen Beauftragten Weste und — Hemdkleider des Toten — den Kopf hatte der Tote nicht mehr an — von der schmerzigen Leiche abziehen! Vorher hatte der Friedhofswärter das Auskleiden der Leiche unter Hinweis auf die Pietätspflicht unterzogen, allein der um sein Geld besorgte Schandverweiser ließ zur Polizei, holte sich dort einen Erlaubnischein und gelangte so in den Besitz der Kleidungsstücke des Selbstmörders, die er, wie das Amtsblatt einige Tage darauf mitteilte, später an einen Gardelegener Einwohner weiter verkaufte. Wie das Kreisblatt ferner durch Augzeugen feststellen ließ, war die Leiche bereit anfangs auf den Karren ge-

worfen worden, daß der Leichere knackte! Ferner sei die Leiche auf Graben zu haarräubernde Art und Weise aus der Wohnung über die Treppe hinab auf die Straße „transportiert“ und zwar mittelst eines — Strickes, den man dem Toten um den Leib knüpfte. Bei der Beerdigung selbst, wofür die Ortskrankenkasse 45 Mark bewilligte, wovon 27 Mt. für den Sarg verwendet waren, sei nicht genügend Personal anwesend gewesen, so daß einer der Leidtragenden, um dem grausamen Spiel ein Ende zu machen, mithelfen mußte, den Sarg in die Erde zu bringen! Auf Grund dieser Veröffentlichungen, und weil ein alimärkisches Blatt noch mitteilte, daß das Amtsblatt noch lange nicht alles gesagt habe, hat der Landrat des Kreises, Herr von Alvensleben, sofort eine Untersuchung der Angelegenheit, die die Gemüter aufs heftigste erregt, eingeleitet. Das war auch sehr notwendig.

Altes Gerümpel. Die beiden Kammern in Sachsen haben sich endlich ein Herz gefaßt und mit einer Urmasse alten Gerümpels im Palast der Justitia, das aus der Großväter- und Urhurenzeit stammte, gründlich aufgeräumt. So wurden antiquiert: die Gesetze betr. das übermäßige Schuldenmachen, das unmäßige Zutrinken, die Spinnstube, in welcher Burtschen und Mädchen sich oft in ungehöriger Weise zusammenfanden, das Leichtsinwige Schwören und Fluchen, den Gebrauch von Peß- und Laternenfadeln auf den Straßen, das Rauchen in den Betten, den Wein-, Bier- und Branntweinhäusern, die Feuergefährlichkeit der Kagen u. die aus den Jahren 1580 (!), 1661, 1702 und 1775 stammen. Als Kuriosum mag dabei erwähnt werden, daß die Erste Kammer es für nötig gehalten hat, das Gutachten eines Veterinärbeamten darüber einzuholen, ob es auch wirklich ausgeschlossen sei, daß eine auf einem Ofen liegende Kage Feuer fange. Unter großer Heiterkeit wurde das Gutachten verlesen, in welchem auseinandergesetzt wird, daß die Kage zweifellos ihren Platz verlassen werde, wenn es ihr zu heiß auf den Pelz brenne; sie werde gewiß nicht warten, bis ihr Fell Feuer gefangen habe. — Die sächsische Reaktion sollte sich an den Kagen ein Beispiel nehmen. Der Ofen, auf dem sie liegt, ist doch nachgerade schon heiß genug geworden, aber sie bleibt immer noch liegen und rührt sich nicht.

Franz v. Lenbach ist in der Nacht zum Freitag in München gestorben. Er hat ein Alter von 68 Jahren erreicht. Vom Maurerlehrling bis zu einem Fürsten in der Kunst, das sind die beiden Marksteine, zwischen welchen dieses so reiche Leben sich abspielte. Freilich, von dem „Maurerbüblein“ war bei diesem Manne nichts mehr zu verspüren — er war eine recht ausgeprägte Herrennatur. Nicht im schlimmen Sinne; er war zugänglich und konnte namentlich gegen jüngere Künstler, die ihn zu besuchen kamen, ungemein lebenswürdig sein! Aber er wußte sich recht kräftig durchzusetzen, und vielleicht haben diejenigen sein Wesen am besten erfaßt, die ihn einen „fröhlichen Egoisten“ nannten. Seine starke selbstherrliche Persönlichkeit, die sich mitunter, so bei der Pariser Weltausstellung, etwas unangenehm bemerkbar machte und fatale Erinnerungen an jene berüchtigte Teilung des Löwen erinnerte, war sein Glück. Wie wäre er, der unter die Schönmaler der Stiler und Genossen hinstiel wie ein Geier unter das Hühnervolk, sonst durchgebrungen? Schon sein erstes Porträt, jenes berühmte gewordenen Bildnis eines Münchener Arztes, entzündete eine wahre Revolution unter Künstlern und Kunstpublikum. Und dann erst das von König Ludwig I., welches den König, der an eine gewisse Gottähnlichkeit in seinen zahlreichen Bildnissen gewöhnt war, in heillosen Schreden versetzte! „Lenbach sei ein Genie, male aber abseulisch“, hieß es damals. Man begreift, daß Lenbach der Maler der vornehmen Welt nicht ohne weiteres geworden ist. Er begann damit, die Könige des Geistes, Lassalle, Döllinger, List, Wagner, Böcklin, Helmholz, Mommsen u. zu malen — die Könige der Welt kamen erst ziemlich später. Eines muß man ihm lassen: geschmeichelt hat er auch den Königen der Welt in seinen Porträts nicht im mindesten. In der Charakterisierung genialer Persönlichkeiten hat er Großes, Außerordentliches geleistet; weit weniger glücklich war er — bei dem Feilen jeglicher Naivität in seiner Kunst — in der Darstellung von Kindern und schönen Frauen. Aber immerhin: mit ihm ist — den einzigen Menzeln ausgenommen — die markanteste Persönlichkeit unter unseren lebenden deutschen Malern dahingegangen und ein origineller starker Geist dazu, der stets Außerordentliches schuf, wo er Seinesgleichen vor sich hatte.

als ich mal im Kanal auf ein breitbauchiges, holländisches Schiff aufbrachte, daß es plagte, wie's seine verdamnte Pflicht und Schandigkeit war, und die ganze Ladung gen Himmel flog und es nachher den ganzen Nachmittag Oliven regnete. Denn damit war es geladen!

„Ja, wenn's nicht bloß der eine Holländer gewesen wäre, sondern das ganze Volk der dickwändigen Rhynherer, die mit ihrem Schleißhandel hier in der Däse solchen Schaden stiften, — dann wäre die Begebenheit wohl ihr Verdienst wert, und gern hätte ich die Kosten bezahlt. Aber von dem Jaster hier hätte ich's nicht machen lassen, der hat nur bloß zum besten halten wollen, und anderen guten Freund Bepersack hat er jester hintergangen.“

„Das laß mir meine Sache sein,“ sagte Bepersack bösig. „Die Schatzpreise sind gut! Und mein Geld ist mein Geld! Ich hätte auch das Doppelte gern bezahlt!“

„Was das Geld betrifft, so blähe dich nur nicht! Es geht auch andere, die was in dem Handel haben und auch was davon gehen lassen können, wenn's gilt. Und wolle ihr's jester und wolle ihr's auch vor einem alten Kias Bepersack ausrechnen, so lasse ich euch die ganze Diele neu hantieren und anmalen. Ich kenne einen Maler, der auf der See gefahren ist, und der weiß, was das Herz eines Schiffers verlangt. — Den werde ich mir auf eifriges Wochen kenne. Und dem gebe ich dann auf, die Hände mit allerlei letzten Begebenheiten aus der heiligen Geschichte zu bemalen. Da gibt's ja genügend davon. Und da werdet ihr dem Mann und Goe haben, und Goe hat keine Tochter, und Raab hat keine Söhne, und David und Barjeba, und Salomon im Bade.“

Da laute ich hinter dem Tische der Achterk die unheimliche Klage des wretched Heringsverkäufers Joes Roggen-

buch auf. Und mit einer Stimme, deren Wohlklang schon vor Jahren ausgegangen war, kam's:

„Susanna im Bade? Schön! Die sollt ihr haben! Aber ich für meinen Teil bitte mir Herrn Doktor Martin Luther aus! Da soll er hängen!“

„Wozu denn der Luther? Wozu denn der?“ kreischte ärgerlich sein Nachbar und schob den Krug vor sich.

„Um dir, Gewatter, eine Freude zu machen!“

„Der Teufel soll ihn holen! Was hat der hier zu suchen? Der kommt nicht her, und das sage ich!“

„Na, denn wenigstens Bugenhagen!“

„Wozu denn die Pfaffen?“ kam's noch ärgerlicher.

„Na, es ist doch zu schön von denen, daß sie uns Gottes Wort deutsch gemacht haben!“

„Schön, sagt du, schön! Nein, ein Grewel ist es, und gestäupt sollten sie werden, und das öffentlich und vom Häutel noch dazu, das sage ich Remus Uchterdeel, und so ist es auch! Denn was für ein Unheil ist nicht daraus gekommen? Und was hat's genügt? Das sag mir bloß. Denn ob die Leute Gottes Wort deutsch oder lateinisch kriegen, verstehen sie's so wie so nicht, und züßören tun sie auch nicht! Lateinisch führt es wenigstens nicht so sehr. Von wegen Gottes Wort brauchen wir sie also nicht, und jast, — ja so sag mir denn bloß, was ist denn so merkwürdig an jenen neuen Pastoren?“

„Das will ich dir sagen, Gewatter, sie sollen heiraten dürfen, und das ist eine verdammt nützliche Sache. Denn wenn der Pfaff sein eigenes Weib hat, so wird er wohl endlich anderer Leute ihre zufrieden lassen! Die Leute, die das durchgesetzt haben, die wußten schon, was sie taten!“

(Fortsetzung folgt).